Anzeigengebühren: 10 Mk. für die 4mal gespalt. Millimeterzeile Vorkriegspreis 12.50 Mk., für die Empfehlungszeile 30.00 Mk. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis vorm. 11 Uhr, kleinere bis 3 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 150 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Pruys Castrop

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 600 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 600 Mk. für den Monat, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Castrop, Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: [illegible] 6—7 Uhr nachmittags.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 296 — Donnerstag, den 21. Dezember — 1922

Poincares Valutarede.

Von einem gelegentlichen Pariser Mitarbeiter wird dem „Hamburger Fremdenblatt" geschrieben:

Daß sich die angedrohte militärische Expedition nicht bewahrheitete, hat in der französischen Hochfinanz eine merkbar große Genugtuung erweckt. Die Durchsicht der Börsen-Chroniken, wie sie von den Pariser Blättern am Ende jeder Woche veröffentlicht werden, beweist, daß die Finanzkreise mit Unruhe den Erklärungen Poincares entgegensahen. Nach Bonar Laws Rede befürchteten sie zwar den Vormarsch der französischen Rheintruppen nicht mehr, aber es stand zu befürchetn, daß die rechte Blockmehrheit mit Poincares unvollständigen Mitteilungen nicht zufrieden sein und einen Druck auf den Ministerpräsidenten im Sinne einer „selbständigen Aktion" Frankreichs ausüben werde. Man rechnete demgemäß mit der Möglichkeit einer Kabinettskrise und weiterhin mit starker Baisse der Frankenvaluta. Die Optimisten der Pariser Börse haben — wie der Temps schreibt — recht behalten. Es ist interessant, daß sich der Finanzredakteur des Temps über die „Vertagung einer eigenmächtigen Tat Frankreichs" freut, daß er seine Befriedigung über die Ausschaltung einer militärischen Unternehmung kundgibt, während in den politischen Betrachtungen der drohende Ton gegenüber England und Deutschland, trotz des großen Vertrauensvotums für Poincare, noch weiterdröhnt. Der Gegensatz zwischen den Börsenjournalisten und den politischen Redakteuren kennzeichnet sich auch in anderen Boulevard-Zeitungen. Journal, das tagelang für die Ruhrbesetzung eintrat, bringt heute an erster Stelle einen Artikel seines finanziellen Mitarbeiters, des Deputierten Favier, der Poincares „Valutarede" über alle Maßen lobt. Und weshalb? Weil sie infolge ihrer Mäßigung einen günstigen Einfluß auf den Franken übte, dessen rückläufige Kursbewegung der französischen Hochfinanz größte Sorgen bereitete. Nun erst erklärt sich die Opposition des Finanzministers de Lasteyrie, eines Mitgliedes der Pariser Großbankkreise, betreffs der von Poincare geplanten Besetzung des Ruhrbezirkes. De Lasteyrie setzte, als Sprecher und Anwalt der französischen Finanzkreise, die Veränderung des ominösen Ausdrucks „militärische Strafexpedition" in „wirtschaftliche Maßnahmen" durch und kann als Erfolg die starke Aufwärtsbewegung des Franken buchen.

Freilich, es wird auch von dem günstigen Einfluß der „Meinungssonderung in Washington hinsichtlich der Reparationsfrage" gesprochen. Man bringt die Besserung des Franken, der zum Dollar während der Londoner Konferenz und unmittelbar nachher sehr schlecht stand, in Zusammenhang mit den Anleihegerüchten und Schuldentilgungsplänen, obgleich hierüber nur sehr dürftige, teils verfrühte Nachrichten vorliegen. Die Pariser Börse warf sich mit dem gleichen Optimismus auf die Washingtoner und Londoner Gerüchte, wie die Berliner. Wenn Favier im Journal etwas spöttisch von dem plötzlichen überschwenglichen Optimismus Berlins und Kölns spricht, so kann in bezug auf die Empfanglichkeit der Pariser Börse das Gleiche gesagt werden. Poincares Rede wurde als Grundlage für die Franken-Besserung genommen; die neuerdings aufgetauchten Interventionsgerüchte über Mitwirkung Washingtons an dem Wiederaufbau Mitteleuropas trugen viel zur Haussebewegung bei. Den Regierungsblättern bereitet es post festum ein besonderes Vergnügen, Poincares Rede mit dem gebesserten Franken in Konnex zu bringen. Was man früher Briand zum Vorwurf machte — die Hellhörigkeit gegenüber den Ratschlägen der Hochfinanz —, rechnet man Poincare als hohes Verdienst an.

Amerikas Warnung vor Optimismus

Paris, 20. Dez. Havas verbreitet geflissentlich eine angeblich aus Washington kommende Depesche, wonach die Vereinigten Staaten sich verpflichtet sehen, die „europäischen Kanzleien" zu verständigen, daß ihr die Mittel nicht zur Verfügung ständen, den Hoffnungen der europäischen Völker zu entsprechen, welche glauben, daß die Vereinigten Staaten ein Wundermittel für alle Uebel der alten Welt gefunden hätten. In offiziellen Kreisen werde erklärt, daß Präsident Harding unangenehm berührt sei, wenn er die ungeheure Rückwirkung sehe, welche in Europa die Nachricht von einer finanziellen und wirtschaftlichen Intervention Amerikas in Europa hervorrief. Der Präsident befürchtet, daß die Feindseligkeit derjenigen Senatoren, welche unnachgiebige Gegner jedes Eingreifens in Europa sind, sich durch die Pläne lebhafter gestalten wird. Die amerikanische Regierung könne große Anleiheprojekte und Annullierung der Kriegsschulden nicht ins Auge fassen.

Diesem Havasbericht ist das gegenüberzustellen, was sich der Petit Parisien aus Washington melden läßt, wonach die amerikanische Regierung zweifellos gewisse Absichten verfolge um zur Lösung der Weltwirtschaftskrise beizutragen. Allerdings könne sie nur ihre Fühler ausstrecken, um zunächst die Meinung in den Vereinigten Staaten kennen zu lernen. Aber man beschäftige sich lebhaft mit der Erwägung, welche Mittel zur Verfügung ständen, um die Lösung des Reparationsproblems herbeizuführen. Petit Parisien verweist darauf, daß es auf den Vorschlag eines amerikanischen Ministers zurückgehe, wenn die Washingtoner Regierung nunmehr einen alten Lieblingsgedanken gewisser Kreise aufgegriffen hätte, daß nämlich Amerika einen „Schiedsspruch" in der Reparationsfrage fällen möge. Was die offizielle Anschauung anlangt, so meldet der Korrespondent des Newyork Herald, daß Amerika keinerlei Initiative ergreifen würde, bevor Harding nicht die Sicherheit hätte, daß man zu einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems gelangen könnte. Auch die englische Regierung würde im Falle einer Anleihe zur Unterschrift aufgefordert werden.

Der weite Weg zur Anleihe.

Paris, 20. Dez. Der Londoner Tempskorrespondent hat in englischen politischen Kreisen den Eindruck gewonnen, daß der Skeptizismus, den die englischen Regierungskreise gegenüber den angeblichen amerikanischen Anleiheplänen an den Tag legen, durchaus berechtigt ist. Die Regierung von Washington und die Finanzmänner der Wallstreet hätten nicht die Absicht, Deutschland eine öffentliche oder private Anleihe unter den gegenwärtigen Umständen anzubieten. Die deutsche Industrie tue alles mögliche, um eine Privatanleihe zustande zu bringen und sie hätte sogar die „Ausbeutung der Eisenbahnen und der übrigen Betriebe des Reiches als Garantie für die amerikanische Anleihe angeboten (?)". Dieselbe Nachricht findet sich auch heute im Daily Expreß. Man wisse, daß die von dem deutschen Botschafter Wiedfeldt in Newyork bei seinen Besprechungen mit Vertretern der Morgangesellschaft angebotenen Garantien abgelehnt worden seien, da die Morgangruppe auf dem Standpunkt stehe, daß vor der Anleihe die Reparationsfrage gelöst werden müsse.

Keine Aufgabe politischer Vormachtziele.

Paris, 20. Dez. Das Echo de Paris schreibt: „Wir wollen keineswegs die Absichten der Washingtoner Journalisten und ihrer Inspiratoren verdächtigen. Was sich ereignet hat, kann durch große Unwissenheit und durch große Unvollkommenheiten in den Gedanken erklärt werden. Nichtsdestoweniger ist die Angelegenheit für uns gefährlich. Man will uns auf dem Wege nach der Ruhr aufhalten, indem man die Hoffnung erweckt, daß noch andere Methoden möglich seien. Also für einen neuen Zeitpunkt würden wir Gefahr laufen, für ein Reparationssystem ohne Zwangsmaßnahmen und Verpflichtungen gewonnen zu werden, das unserem Schuldner gestattet, seine Koffer zu füllen und sich nochmals zu entziehen. Staatssekretär Hughes erklärte dem französischen Botschafter, daß er schon im Oktober sagte, wenn eine Wirtschafts- und Finanzkonferenz zusammentrete, werde seine Regierung sich vertreten lassen; nicht mehr". In Washington wolle man keine direkte Verantwortung übernehmen, aber man sei bereit, einen moralischen Einfluß auszuüben, um eine Formel für die internationalen Verhandlungen zu finden. Die Amerikaner würden sich beispielsweise an einer wirtschaftlichen Enquete beteiligen über das, was Deutschland zu bezahlen habe, aber man spreche nicht von der Zahlungsfähigkeit der Alliierten und Schuldner Amerikas.

Die Informierung des englischen Königs.

London, 20. Dez. Der englische König empfing den Schatzkanzler Stanley Baldwin, der ihm seine Pläne für Washington unterbreitete. Dieser billigte die Pläne des Schatzkanzlers, die darauf hinauslaufen, daß die englischen Schulden zurückgezahlt werden sollen, doch gab er der Hoffnung Ausdruck, daß eine günstige Zahlungsfrist gewährt werde.

Die „Unversöhnlichen".

London, 20. Dez. Newyork Times" melden aus Washington, daß Senator Borah und die Gruppe der Unversöhnlichen sich jeder Teilnahme der amerikanischen Regierung an einem Versuch, die Reparationsfrage zu regeln, widersetzen werden, außer, wenn die Alliierten ihre Haltung gegenüber Deutschland in weitgehender Weise ändern.

Eine amerikanische Aeußerung.

London, 20. Dez. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Sunday Times" erklärte eine augenblicklich in London befindliche „sehr hohe amerikanische Persönlichkeit", daß die Lage in Deutschland sich immer schneller verschlechtert. Abgesehen von einer sehr kleinen Minderheit sei die große Mehrheit des deutschen Volkes unterernährt und in einem Maße verzweifelt, das in der Geschichte fast beispiellos dastehe. Der deutsche Mittelstand sei im Zusammenbruch begriffen. Die ganze deutsche Nation verliere allmählich ihre Energie. Deutschland als Nation sei dem Untergange geweiht, wenn nicht unverzüglich Hilfe von außen komme. Die Regierung Cuno sei ein Kabinett, das sich aus Geschäftsleuten zusammensetzt und sei eifrig bestrebt, zu einer Vereinbarung mit Frankreich zu gelangen. Der Amerikaner erklärte zum Schluß, es könne keine internationale Anleihe gegeben werden, wenn Frankreich bei seinem Wunsche, das Ruhrgebiet zu besetzen, beharre. Die Reparationen müßten herabgesetzt werden, und wenn die Mark stabilisiert sei, so wäre Deutschland in der Lage, zu zahlen.

Der französische Botschafter in London reist plötzlich nach London.

London, 20. Dez. Den „Daily News" zufolge ist der Londoner französische Botschafter plötzlich nach Paris abgereist. In gutunterrichteten Kreisen verlautet, die Abreise stehe im Zusammenhang mit den Berichten, die die französische Regierung aus London und Washington erhalten habe und mit dem Wunsch Bonar Laws, vor der Pariser Konferenz am 2. Januar eine alliierte Uebereinkunft zu erzielen.

Fadenscheinige Vorwände für die Ruhrbesetzung und ihre amtliche Zurückweisung.

Berlin, 20. Dez. Die Journee Industrielle in Paris veröffentlicht in ihrer Nummer vom 16. Dezember auf der ersten Seite einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die willkürliche Beschränkung der Förderung an der Ruhr." Der Inhalt des Artikels soll einem Brief entnommen sein, den ein nach der Ruhr entsandter Sonderbeauftragter der lothringischen Industrie geschrieben hat. Darin wird behauptet:

1. Die deutsche Regierung habe wohl Geld gefunden, um die vorbereitenden Arbeiten für eine Erhöhung der Förderung an der Ruhr durchzuführen, warte aber mit dieser Erhöhung selbst absichtlich, bis die auswärtige Schuld gestrichen sei.

2. Die Bergarbeiter würden zurzeit gern Ueberschichten verfahren, aber diese seien für die Zeit vom 15. Dezember bis zum 15. Januar aufgehoben worden auf die besondere Veranlassung des Syndikats, das nur in der Hand der Zechendirektoren sei.

3. wird angeführt, daß die Eisenbahn seit 1914 nicht so große Vorräte gehabt habe wie heute, und daß auch deshalb die Förderung so viel wie möglich beschränkt würde.

4. wird behauptet, daß die Lieferungen an den Verband einen chronischen und wohlberechneten Ausfall zeigten, sowie, daß gerade in letzter Zeit eine aggressive Feindseligkeit der Zechen deren Kontrolle durch den Verband so unangenehm und wenig fruchtbar wie nur möglich mache.

Eine weitere Behauptung, daß es den Anschein habe, als ob Deutschland in letzter Stunde absichtlich noch Zwischenfälle hervorzurufen suche, ist so absurd, daß sie keiner weiteren Berichtigung bedarf.

Zu den vier Punkten bemerkt das Wolffsche Telegraphen-Bureau folgendes:

1. Die deutsche Regierung hat den Zechen keinen Pfennig Geld für die behaupteten Vorbereitungsarbeiten zur Verfügung gestellt und auch selbst keinerlei Beträge hierfür verfügbar. Die den Zechen zufließenden Kohlenpreise sind dagegen von der Regierung dauernd so niedrig gehalten worden, daß sie lange Zeit hindurch kaum die Selbstkosten deckten. Die behaupteten Mittel fehlen deshalb gänzlich, im Gegenteil ist von den Zechenbesitzern auf diesen Mangel bei den Verhandlungen über die Kohlenpreise immer wieder hingewiesen worden. Sie haben stets eine Erhöhung der Produktion mit allen Kräften angestrebt, da es das eigne Interesse jedes Unternehmers ist, seinen Betrieb so viel wie möglich auszudehnen, wenn starke Nachfrage nach seinen Produkten vorhanden ist.

2. Die Ueberschichten sind auf ausdrückliche Veranlassung der Bergarbeiter-Gewerkschaften für die Zeit vom 18. Dezember bis zum 15. Januar ausgesetzt worden. Die Reichsregierung, ebenso wie das Kohlensyndikat und die Zechenbesitzer, haben vergeblich versucht, das Aufhören der Ueberschichten zu verhindern. Sie streben im Gegenteil nach einem weiteren Ausbau der Ueberschichten, schon um zu vermeiden, daß die eigenen Betriebe wie bisher in großem Umfang ausländische Kohlen kaufen müssen.

3. Der Bestand der Eisenbahnen betrug am 9. Dezember rund 2 300 000 Tonnen, dagegen hat die Eisenbahn im Sommer und Herbst rund 3½ Millionen Tonnen englischer Kohlen einführen müssen. Wenn diese mit großen Opfern zu teuern Preisen getätigte Einfuhr nicht geschehen wäre, so würde die Eisenbahn nicht nur überhaupt keinen Bestand haben, sondern es hätten ihr noch rund 1 800 000 Tonnen am laufenden Bedarf gefehlt. Der genannte Bestand ist, entgegen der Mitteilung des Artikelschreibers, bedeutend geringer als der Friedensbestand und in dieser beschränkten Höhe für die Eisenbahn unbedingt lebensnotwendig, wenn sie bei den unzureichenden und unregelmäßigen Zufuhren der Wintermonate ihren Betrieb aufrechterhalten will.

4. Die Ausfälle an Wiederherstellungslieferungen sind verschwindend klein. Sie betrugen am 13. d. M. 0,8 v. H. des Solls oder weniger als 1 v. H. Daß die Anforderungen nicht voll erfüllt werden können, liegt daran, daß diese, wie auch von der deutschen Regierung immer wieder betont wird, bedeutend zu hoch sind. Jedenfalls beweist die genannte Ziffer, daß die aufgestellte Behauptung völlig grundlos ist. Von Schwierigkeiten mit den Kohlen-Kontrollorganen des Verbandes in letzter Zeit ist nichts bekannt geworden.

Aus dem Reiche.

SPD-Anknüpfungsversuche bei Cuno.

Essen, 20. Dez. Die „Rhein.-Westf. Ztg." verbreitet im Sperrdruck folgende Berliner Meldung: „In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Stimmung der Sozialdemokraten gegenüber dem neuen Kanzler sich bereits wesentlich zugunsten des Kabinetts Cuno umgestellt habe und daß man damit rechnen könne, daß die Sozialdemokratie den Kanzler bei den kommenden Verhandlungen im Januar zu stützen bereit sei. Wenn aber dabei so ganz beiläufig darauf hingewiesen wird, daß sich die Sozialdemokratie sogar bereit finden werde, gegebenenfalls in die Regierung einzutreten und wenn dabei schon gesagt wird, daß sie sich mit zwei „Ministerposten „begnügen" werde, so scheint das Tendenziöse derartiger Auslassungen offensichtlich zu sein. Daß der Sozialdemokratie ihr Ausscheiden aus der Regierung jetzt schon leid tut, ist bezeichnend. Damals, als das Kabinett Wirth nicht zuletzt unter dem lastenden Druck seiner auswärtigen Schwierigkeiten infolge seiner Politik vollkommen zusammenbrach, hütete sich die Sozialdemokratie, weiterhin die politische Verantwortung für das entstandene Unheil zu tragen. Jetzt, wo wieder einmal eine Besserung der außenpolitischen Verhältnisse zu winken scheint, zeigt man sich auf sozialdemokratischer Seite nicht mehr ganz so hartherzig und will sich nötigenfalls sogar dazu erweichen lassen, Herrn Cuno Hilfsstellung zu leisten. Es wird sich fragen müssen, ob die Regierung Cuno überhaupt auf diese Unterstützung reflektieren wird, wenn man dies auch nach den freundlichen Worten nach links hin, wie man sie vom Kanzler in seiner Rede hörte, fast annehmen möchte. Eine Entscheidung über diese Frage kann jedoch keinesfalls vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages fallen".

Rheinlands Reichstreue.

Düsseldorf, 20. Dez. Der 64. Provinziallandtag der Rheinlande faßte folgende Entschließung gegen die Stimmen der äußersten Linke:

„Der 64. Rheinische Provinziallandtag als die berufene Vertretung des rheinischen Volkes wiederholt und bekräftigt die aus allen Kreisen des Rheinlandes mit elementarer Wucht hervorbrechende Willensmeinung der Rheinländer durch das Gelöbnis: Keine Not, keine Drohung, keine Vorspiegelung wirtschaftlicher Vorteile können unsere deutsche Gesinnung und das Gefühl unlösbarer Zusammengehörigkeit mit der deutschen Volksgemeinschaft je ins Wanken bringen. In tiefernster Zeit wahren wir Preußen und dem in der Deutschen Republik geeinten Reich erst recht und unweigerlich die Treue!".

In feierlichem Ernst hörte das Haus diese Entschließung an. Der Vorsitzende fügte noch hinzu: „Das ist der Vorsatz, den Sie in dieser feierlichen und heiligen Stunde für die Rheinlande zum Ausdruck gebracht haben".

Ein polnischer Lieferstreit.

Königsberg, 20. Dez. Die 97. Delegiertenversammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Königsberg beauftragte in der Angelegenheit der Amtsenthebung ostpreußischer Landräte ihren Hauptvorsteher, sich mit den Hauptvorstehern der übrigen drei landwirtschaftlichen Zentralvereine der Provinz in Verbindung zu setzen und gemeinsam den Oberpräsidenten darauf hinzuweisen, daß, falls die beabsichtigten Amtsenthebungen der seit langen Jahren mit größtem Erfolg in ihren Kreisen tätigen Landräte, die das vollste Vertrauen der Kreisgesessenen erworben haben, durchgeführt werden sollte, die Getreideumlage von der ostpreußischen Landwirtschaft nicht erfüllt werden würde.

Koburgs Ueberdruß an Bayern.

Listenmehrheit für Abtrennung.

Koburg, 20. Dez. Hier fand eine Unterschriftensammlung zwecks Trennung des Koburger Landes von Bayern statt. Von 26 000 stimmberechtigten Personen sprachen sich 14 000 für die Trennung aus.

*

Koburg, das vor Fertigstellung der neuen Reichsverfassung, also auch vor Verhängung der Sperrfrist für Volksabstimmungen, zwecks Gebietsveränderung gemäß Artikel 18 seinen U bertritt in den bayerischen Staatsverband vollzog, bereut demnach heute bereits diesen Schritt, der jedoch nach den Ausführungsbestimmungen des Art. 18 nicht leicht wieder rückgängig gemacht werden kann. Ob Koburg in den Freistaat Groß-Thüringen aufgenommen werden will, ist nicht gesagt. In München wird die Listeneinzeichnung Bestürzung hervorrufen besonders in den Kreisen, die glauben machen wollten, ganz Thüringen bis zum Reimsteig wolle zu Bayern. Nach Art. 18 ist die erforderliche Unterschriftenzahl zur Herbeiführung einer Abstimmung erreicht, jedoch muß jedenfalls der ganze Regierungsbezirk abstimmen, was das Stimmenverhältnis erheblich verschieben dürfte. Außerdem haben die Ausführungsbestimmungen erschwerende Zusätze zur Neuvornahme einer Abstimmung über dasselbe Gebiet, die erst nach 10 Jahren wieder stattfinden darf. In diesem Falle sind demnach die rechtlichen Verhältnisse sehr verworren.

Urteil des Reichsgerichts über die Preisberechnungen.

Leipzig, 20. Dez. Das Reichsgericht entschied gestern, daß bei der Preisberechnung von Waren der Wiederbeschaffungspreis nicht gefordert werden darf, dagegen die volle Geldentwertung beim Einstandspreise berücksichtigt werden kann. Unter Anerkennung dieses Gesichtspunktes hob das Reichsgericht zwei Urteile des Landgerichts Gera auf, durch die zwei Kaufleute wegen Preistreiberei zu 800 und 1000 M Geldstrafe verurteilt worden waren.

Aus dem Auslande.

Kriegsstimmung in Lausanne.

Paris, 20. Dez. Ein Mitglied der türkischen Abordnung in Lausanne erklärte gestern abend dem Havasvertreter: „Wir sind am kritischsten Punkt der Konferenz angelangt. Wenn nicht bis Mittwoch nachmittag, wo das Meerengenstatut zum Abschluß gebracht werden soll, den wichtigsten Vorschlägen der Türken in der Meerengen-Frage Rechnung getragen wird, dann werden wir abbrechen. Die Instruktionen unserer Regierung sind formell. Es sind darin zwei Punkte enthalten, bezüglich welcher wir Auftrag haben, die Verhandlungen abzubrechen, wenn die Türken nicht Genugtuung erhalten. Einer dieser Punkte ist die Frage der Meerengen. Es handelt sich um den Besitz unseres Reiches.

Die Auslieferung des Kapallovertrages auf die Ukraine.

Charkow, 20. Dez. Das neugewählte allukrainische Zentralexekutivkomitee nahm einstimmig die Ratifikation des ausgedehnten Kapallovertrages an.

Der neue polnische Staatspräsident.

Berlin, 21. Dez. Gestern wurde Wojciechowski mit 208 Stimmen zum polnischen Staatspräsidenten gewählt gegen den Kandidaten der Rechten, den Professor Morawski aus Krakau, der 224 Stimmen erhielt. Wojciechowski ist Mitglied der Bauernpartei, an deren Spitze Witos steht.

Die deutschen Vorschläge für Paris.

vor entscheidenden Beratungen in Berlin.

Berlin, 21. Dez. Die von der Reichsregierung seit längerer Zeit gepflogenen Beratungen über die deutschen Vorschläge haben zu einem gewissen Abschluß geführt. Wie verlautet, handelte es sich bisher um die Ergänzung und Ausarbeitung der bereits der Londoner Konferenz vorgelegten Vorschläge. Der Kreis der Verhandlungsteilnehmer war bisher beschränkt. Die Reichsregierung hatte nur mit einzelnen Industriellen verhandelt, ferner mit führenden Persönlichkeiten der Bankwelt. Gegenüber von anders lautenden Nachrichten wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß die Reichsregierung auch mit den Gewerkschaften Fühlung genommen hat. Die Gewerkschaften, die sich fortlaufend mit der Reparationsfrage beschäftigen, haben auch, wie wir hören, beim Internationalen Gewerkschaftssekretariat das gegenwärtige Stadium der Reparationsverhandlungen erneut zur Sprache gebracht. Während das bisherige Verhandlungsstadium dadurch gekennzeichnet war, daß angesichts des Ergebnisses der Londoner Konferenz und im Hinblick auf die Aussichten der kommenden Pariser Konferenz nur eine sogenannte Zwischenlösung in Aussicht genommen werden konnte, sprachen verschiedene Zeichen dafür, daß sich die Reichsregierung nunmehr auch für den Gedanken eines Definitivums erwärmen wird. Die Forderung, ein Definitivum in der Reparationsangelegenheit zu erreichen, wurde bekanntlich erst vor kurzem von industrieller Seite nachdrücklichst betont. Die Reichsregierung hat den Reichsverband der deutschen Industrie, der bisher nicht offiziell zu den Beratungen der Regierung gehörte, für Donnerstag oder Freitag an den Beratungstisch eingeladen. Von gut unterrichteter Seite wird betont, daß die Regierung nicht mit einem fertigen Projekt vor die offiziellen Vertreter der Industrie hintreten wird, sondern deren Anregungen und Gutachten als mitbestimmend hören will. Es ist anzunehmen, daß die, wenn auch nur bedingte amerikanische Anleihemöglichkeit die deutsche Regierung mit dem Gedanken eines Definitivums vertrauter gemacht hat, sodaß also zwischen Regierung und Industrie eine größere Uebereinstimmung in der Behandlung der Reparationsfrage bestehen dürfte, als man es noch vor einigen Tagen erwarten durfte.

Trotzki — Ehrenseemann der Roten Flotte.

Petersburg, 20. Dez. Auf Grund eines Antrages des Revolutionskriegsrates der Schwarzmeerflotte ist Trotzki laut Flottenbefehl das Prädikat eines Ehrenseemanns der Roten Flotte verliehen worden.

Neue Brotpreiserhöhung in Sicht.

Eine Erklärung des Reichsernährungsministers.

Berlin, 21. Dez. Der Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung, Dr. Luther, richtet folgende Worte an die Bevölkerung der Städte:

Es ist der Oeffentlichkeit bereits bekannt geworden oder wird gleichzeitig mit dem Erscheinen dieses Aufsatzes bekannt, daß die Reichsregierung den Preis für den Roggen, den die Landwirtschaft auf Grund des Umlagegetreidegesetzes zu liefern verpflichtet ist, auf 165 000 M pro Tonne festgesetzt hat. Gegenüber dem bisherigen Preis von 28 600 ist dies eine sehr erhebliche Erhöhung. Die Erhöhung erreicht indessen in keiner Weise den freien Marktpreis, der sich am 1. Dezember, dem mittleren Tag der Ablieferungsperiode, nach Berliner Notierung auf 263 000 M stellt, und heute annähernd die gleiche Höhe hat. Der Erhöhung des Getreidepreises muß eine Erhöhung des Brotpreises folgen, da das Reich außer Stande ist, den Unterschied auf sich zu nehmen. Die Brotpreiserhöhung wird indessen nicht annähernd der Getreidepreiserhöhung entsprechen, sondern der Mehrpreis des Umlagegetreides wird nur eine Steigerung auf etwa das 1½fache des bisherigen Brotpreises hervorrufen, denn da der Brotpreis sehr erheblich vom Preis des bereits beschafften Auslandsgetreides bestimmt wird, hat die schlimme Valutaentwicklung der letzten Monate bei der Gestaltung des Brotpreises durchweg die Führung. Dazu kommen ebenfalls auf der Geldentwertung beruhende Ursachen, wie Frachtensteigerung, Beförderungskosten in den Kommunalverbänden usw. Die schwere Belastung der verbrauchenden Bevölkerung durch die Brotpreiserhöhung, deren Ausmaß noch unbekannt ist, bleibt jedenfalls bestehen. Die Regierung hat tunlichst Vorsorge getroffen, damit das Einkommen der werktätigen Bevölkerung der Beamten, Sozialrentner usw. auf die für den 15. Januar zu erwartende Brotpreiserhöhung nach den dann geltenden Verhältnissen die erforderliche Rücksicht nimmt.

Als alter Oberbürgermeister einer großen Stadt fühle ich das Bedürfnis, die Getreidepreiserhöhung ganz persönlich vor der Oeffentlichkeit zu begründen und zu rechtfertigen. So mancher hat vielleicht nicht nur im Scherz gemeint, wenn ein Bürgermeister an die Spitze des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft trete, dann werde es mit den Preissteigerungen ein Ende nehmen. Solche Meinung würde aber, solange wir unter der Wirkung der Geldentwertung stehen, auf einer völligen Verkennung der volkswirtschaftlichen Gesetze beruhen, die uns alle, Städte und Landwirtschaft beherrscht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß viele einzelne aus dem Zusammenbruch unserer Mark einen persönlichen Nutzen gezogen haben, der sie als Schädlinge unseres Volkslebens erscheinen läßt. Gegen diese Schar der Schieber und Wucherer muß und soll mit aller Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden. Aber die Grundlinie der ganzen unglücklichen Entwicklung der letzten Monate ist, daß die auf dem Zusammenbruch der deutschen Währung beruhende Geldentwertung sich auf jedes Lebensgebiet auswirkt. Diese Entwicklung kann auch vor dem Brotgetreide nicht halt machen.

Nun war gewiß die Absicht des Gesetzes, durch das den Landwirten die Verpflichtung zur Ablieferung einer Umlage an Brotgetreide auferlegt ist, die, für die große Masse der Bevölkerung ein Brot zu erträglichem Preise zu sichern. Ob der Weg dieses Umlagegesetzes dazu der richtige war, steht nicht mehr zur Erörterung. Auch die Sachlage, die sich aus etwaiger Dauerbesserung unserer Mark ergeben würde, kann jetzt nicht geprüft werden. Heute muß das Umlagegetreide sachgemäß durchgeführt werden. Zu dieser sachgemäßen Durchführung gehört aber auch, daß den ablieferndem Landwirten ein Preis bezahlt wird, der ein einigermaßen vertretbares Verhältnis zum Werte des Papiergeldes hat, mit dem bezahlt wird und der dadurch die Aufrechterhaltung der Brotgetreideerzeugung gewährleistet. Die Zahlung eines zu geringen Preises ruft schwere volkswirtschaftliche Gefahren hervor, die es zu bannen gilt. Für jeden, der irgend eine Ware zu verkaufen hat, ist durch die rasende Geldentwertung die böse Sachlage entstanden, daß er, wenn bei der Preisbemessung auf die Wiederbeschaffung nicht Rücksicht genommen werden würde, aus dem Erlös der Ware seinen Warenbestand nicht wieder auffüllen könnte. Dieser Sachverhalt ist vom Standpunkt des Volkswohles aus vertretbar, soweit es sich um Ware handelt, die für das tägliche Leben nicht erforderlich ist, und auf deren Bezug die deutsche Menschheit unter dem Druck unseres harten Schicksals verzichten muß, soweit aber lebenswichtige Waren in Betracht kommen, muß ein Ausweg gefunden werden, um die Wiederbeschaffung der Ware zu ermöglichen.

Niemand wird bestreiten, daß die Landwirtschaft seit Beendigung des Krieges im allgemeinen recht gut verdient hat, jedenfalls überall, wo sie sich die großen landwirtschaftlich-wissenschaftlichen Fortschritte zunutze gemacht und nicht unter besonderem Mißgeschick gelitten hat. Auch im laufenden Jahr haben trotz der sehr schlechten Getreideernte und trotz der Witterungsschwierigkeiten, die der Hereinbringung der Ernte überhaupt in vielen Gemeinden im Wege gestanden haben, sicher zahlreiche Landwirte die Möglichkeit zu gutem Verdienst gefunden. Ebenso richtig ist aber, daß infolge der belastenden Umstände dieses Jahres, besonders der großen Geldentwertung, vielen Landwirten die Möglichkeit der Düngerbeschaffung geradezu abgeschnitten wurde. Das ist für unsere Volksernährung äußerst gefährlich, da die Wintersaat vielfach nicht gut steht und überdies infolge der schlechten Witterung ein Teil des für Brotgetreide bestimmten Bodens unbestellt ist. Künstlicher Dünger ist auch nicht etwa nur für das Brotgetreide erforderlich, sondern ebenso für die Kartoffel, für die Futtermittel und auch für die Wiesen. Alle Menschen sind sich darüber einig, daß unser Volk auf die Dauer sein Leben nur erhalten kann, wenn wir für unsere Ernährung von der Auslandseinfuhr unabhängig werden, von welchem Ziel wir heute noch weit entfernt sind. Das aber ist nur möglich, wenn die inländische Erzeugung mit allen Kräften gesteigert wird. Nun gehen die Meinungen über die Mittel zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung erheblich auseinander. Aber niemand wird in Abrede stellen, daß der Arbeitsmut des Landwirtes bei der Herstellung von Brotgetreide schwer beeinträchtigt wird, wenn der Preis, der die für das gesamte Volkswohl verantwortliche Regierung so ist, daß er hinter den Kosten, die er zur Fortsetzung der Erzeugung braucht, zurückbleibt. Jeder Verbraucher wird einsehen, daß der jetzt festgesetzte Preis der nur reichlich Dreifünftel des freien Marktpreises beträgt, von einer für die Zukunft des Volkes verantwortlichen Regierung bewilligt werden mußte. So hart eine solche Ansicht einzelnen Verbrauchern ankommen mag, so muß es denn doch dabei bleiben, daß das oberste Bestreben auch der städtischen Verbraucher dahin gehen muß, in Zukunft nicht zu verhungern. Gerade ein alter Bürgermeister, der seine Städter nicht verhungern lassen will, muß von diesem Gesichtspunkte ausgehen. Solche Schlußfolgerung wird auch dadurch nicht unrichtig, daß der Landwirt selbst nicht so der Gefahr ausgesetzt ist, wohl aber muß diese ungünstige Lage der Stadt im Vergleich zum Landleben den Landwirt zur äußerster Kraftanspannung anspornen, damit seine städtischen Volksgenossen, denen es schon jetzt vielfach unsagbar schlecht geht, nicht noch tiefer ins Elend sinken.

Protestkundgebung des Wirte- und Gärungsverbandes.

Der Entwurf des Schankstättengesetzes, die Forderungen der Abstinenzbewegung und der neue Erlaß des Oberpräsidenten betr. Früherlegung der Polizeistunde, hatten das westfälische Gastwirts- und Gärungsgewerbe und ihre Angestellten Dienstag vormittag um 11 Uhr im Dortmunder Ufa-Palast zu einer gewaltigen Protestkundgebung vereinigt. Der Andrang war so stark, daß im Kölnischen Hof eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Nach ausführlichen von der Versammlung äußerst beifällig aufgenommenen Referaten wurden nachstehende Entschließungen angenommen:

I.

Tausende von Vertretern des westfälischen Gaststätten- und Gärungsgewerbes, hinter denen die Berufsgenossen der ganzen heimatlichen Provinz stehen, erheben energischen Einspruch gegen die Umtriebe der Abstinenzfanatiker und gegen die beiden Verordnungen des westfälischen Oberpräsidenten vom 31. Oktober 1922.

Beide Verordnungen entbehren zunächst der sachlichen Begründung. Nach privatstatistischen und amtlichen Feststellungen ist der Konsum von Branntwein der verschiedensten Gattungen seit 1914 auf ein Fünftel des damaligen Verbrauchs herabgesunken. Die ungeheure Verteuerung von Spirituosen, die neuerdings eingetreten ist, wird den Verbrauch auf ein Minimum herabdrücken und aus den Gaststätten bis auf einen kleinen Rest verdrängen. Der weitaus größte Teil des überhaupt verbleibenden Spirituosen-Konsums wird nicht in unsern Gaststätten, sondern seitens der zahllosen anderen Verschleißstellen (Drogerien, Kolonialwarenhandlungen, Konsumvereine, Kleinverkaufsstellen und Winkelverschank) gedeckt. Es geschieht dies zum Verderb des Volkswohls, weil auf diese Weise mindestens drei Virtel aller verkauften Spirituosen in Form des Haustrunks genossen werden, während das von Steuern erdrückte Gastwirtsgewerbe lediglich als Prügelknabe für alle alkoholischen Ausschreitungen angesehen wird. Das Gastwirtsgewerbe ist nach wie vor bereit, allen gerechten Anforderungen der Behörden in Bezug auf Bekämpfung des Alkoholmißbrauches Folge zu leisten, verwahrt sich aber entschieden dagegen, daß man ihm unter dem Deckmantel von Mäßigkeitsbestrebungen tief einschneidende, ruinöse Beschränkungen in der ehrlichen Ausübung des Berufes auferlegt.

Die beiden Verordnungen des Oberpräsidenten verstoßen aber auch in offensichtlicher Weise gegen den Geist der Verfassung unserer deutschen Republik, gegen die Gewerbeordnung, gegen die polizeilichen Selbstverwaltungsgrundsätze und höchstrichterliche Entscheidungen.

Diese Verordnungen beschränken die persönliche Freiheit des deutschen Reichsbürgers in brüsker Weise, sie nehmen unsern lokalen Polizeibehörden völlig das bisher bestehende Recht, nach eigenen gewissenhaften Erwägungen der Vielgestaltigkeit unseres Gastwirtsgewerbes Rechnung zu tragen; die Verordnungen verletzen die Grundsätze der Gewerbefreiheit und setzen sich, namentlich in Bezug auf den Fremdenverkehr in unsern Gaststätten in direkten Widerspruch gegen höchstrichterliche Entscheidungen neuesten Datums.

Die Verordnungen werden zahllose Angestellte unserer Gaststätten binnen kürzester Frist brotlos machen, und, ohne dem Gemeinwohl im geringsten zu nützen, allenthalben Ruinen schaffen, gewaltige Summen an Nationalvermögen vernichten.

Wir verlangen von unserer obersten Provinzbehörde, daß sie sich frei macht von dem Einflusse unverantwortlicher, weltfremder Dilettanten und Abstinenzfanatiker und daß sie mit größtmöglichster Beschleunigung eine Revision der beiden in Frage stehenden Verordnungen vornimmt, unter Anhörung von Sachverständigen aus dem Gastwirtsgewerbe selbst, nicht zuletzt aber auch aus den Reihen erfahrener Polizeibeamten und Vertretern der Selbstverwaltung.

Wir selbst versprechen die ernsthafteste und gewissenhafteste Mitarbeit beim Zustandekommen brauchbarer Verordnungen; wir werden es an Opferwilligkeit nicht fehlen lassen, durchdrungen von der Notwendigkeit, das Gemeinwohl auch als Leitstern unserer eigenen Ziele und Bestrebungen gelten zu lassen.

2.

Die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Gastwirtsgewerbes, der Brauindustrie, des Weinhandels und der Spirituosenfabrikanten lehnen den vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Entwurf eines Schankstättengesetzes einmütig ab. Sie erkennen an, daß gewissen Mißbräuchen des Alkoholgenusses gerade in der gegenwärtigen ernsten Zeit mit aller Entschiedenheit entgegengewirkt werden muß. Die in dem Schankstättengesetz vorgesehenen Maßnahmen müssen jedoch teilweise als völlig ungeeignet, zu einem anderen Teile als viel zu weitgehend und die Existenz der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der genannten Gewerbe gefährdend abgelehnt werden.

Die Versammlung weist darauf hin, daß nach der amtlichen Statistik der Verbrauch an geistigen Getränken jetzt nur noch einen Bruchteil von dem ausmacht, was vor dem Kriege im deutschen Volke konsumiert wurde. Es ist daher eine Irreführung der Oeffentlichkeit, wenn von seiten der Abstinenzbewegung immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, als ob gerade neuerdings ein übermäßiger Genuß sich breit gemacht häte, der einschneidende Maßnahmen erfordere. Das Gegenteil ist der Fall. Die große Masse des Volkes ist schon aus wirtschaftlichen Gründen genötigt, sich im Genuß geistiger Getränke größte Beschränkung auferlegen, und die Entwicklung wird aller Voraussicht nach auch weiterhin anhalten.

Klarer denn je tritt die Tatsache zutage, daß es der Abstinenzbewegung nicht nur darum zu tun ist, Mißbräuchen des Alkoholgenusses, die auch von der Versammlung verurteilt werden, entgegenzutreten, sondern einer vollständigen Trockenlegung des ganzen Landes nach amerikanischem Muster den Boden vorzubereiten. Ihr letztes Ziel ist also, auch dem erwachsenen und gesunden Menschen den anregenden Genuß jeglicher Art von geistigen Getränken gewaltsam zu verwehren. Hiergegen müssen sich nicht nur die beteiligten Interessenten, sondern auch alle diejenigen deutschen Staatsbürger entschieden auflehnen, die in der Freiheit ihrer Persönlichkeit ein unantastbares Gut erblicken.

Handelsteil.

Devisenkurse.

Essen, 20. Dez. Der rheinisch-westfälische Devisenmarkt verfiel heute vormittag, nachdem die Devisen vorübergehend auf einige Nachfrage angezogen hatten, im späteren Verlaufe in ausgesprochen lustlose und abwartende Stimmung. Die Kurse senkten sich schließlich auf den Stand von gestern abend. Gegen 11 Uhr hörte man im freien Verkehr folgende Kurse: Holland 3230, Newyork 7000, England 320 000, Frankreich 520, Belgien 500. Aus Holland wurde die deutsche Mark ein Kurs von 3,60—3,65 gemeldet.

Dollar 6704.

Die diesjährige

Weihnachts-Festnummer

erscheint am

Sonnabend, 23. Dezember

Wir bitten uns etwa für diese Festnummer bestimmte

Verlobungs-Anzeigen

baldigst, wenn möglichst **umgehend**, aufgeben zu wollen, da erfahrungsgemäß solche Anzeigen sich im letzten Augenblick derartig anhäufen, daß es dann oft mit bestem Willen nicht möglich ist besondere Wünsche zu erfüllen.

Geschäftsstelle der Castroper und Emscher-Zeitung.

Der goldene Sonntag

hat seinen Namen davon, daß an ihm die hauptsächlichsten Weihnachtseinkäufe gemacht zu werden pflegten, und sich an ihm in Friedenszeiten ein wahrer Goldsegen in die Kassen der Kaufleute ergoß. Insbesondere war das der Fall, wenn wie in diesem Jahre der goldene Sonntag dem Weihnachtstage unmittelbar vorausging. Durch geschickte Zeitungsreklame sorgte jeder einsichtige Geschäftsmann dafür, daß von dem goldenen Segen ein entsprechender Teil in seinen Besitz kam.

diese historische Wahrheit

sollte auch heute noch bewährte Richtschnur für die Geschäftswelt sein. **Wir empfehlen daher jedem Gewerbetreibenden für die Samstagsausgabe uns eine Anzeige zukommen zu lassen.** Nur wer sich dauernd dem Publikum in empfehlende Erinnerung bringt, kann mit Sicherheit auf

ein gutes Weihnachtsgeschäft

rechnen.

Um dem Satz der Anzeigen die erforderliche Sorgfalt widmen zu können, erbitten wir die uns zugedachten Anzeigen bis spätestens Freitag mittag 3 Uhr.

Aus Castrop und Umgegend

♂ **Der Kreisausschuß faßte** in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß: „Von der im Haushaltsplan vorgesehenen Beihilfe für höhere Lehranstalten im Landkreise Dortmund, erhalten die Städte Castrop und Lünen, sowie die Gemeinden Lütgendortmund und Mengede vorweg je 3000 Mk. und 88 000 Mk. nach der Zahl der auswärtigen Schüler."

△ **Wichtig für Kriegshinterbliebene.** Der infolge Erhöhung der Teuerungszuschüsse für Kriegshinterbliebene pp für Dezember errechnete Mehrbetrag gelangt am Freitag, den 22. d. Mts., von 9 Uhr vormittags ab an der hiesigen Stadtkasse zur Auszahlung.

△ **Zur Nachahmung empfohlen.** Für die Weihnachtsbescherung armer Kinder stiftete der Klub „Namenlos" den Betrag von 1000 Mk.

* **Marktpreise.** Auf dem letzten Wochenmarkt wurden amtlich folgende Pfundpreise im Kleinhandel festgestellt: Wirsing 45 M, Weißkohl 25 M, Rotkohl 45 M, Tafeläpfel 45—50 M, Kochäpfel 30 bis 40 M, Möhren 18—20 M, Grünkohl 40 M.

♀ **Warnung!** In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß Leute mit unehrlichen Absichten sich unter den Vorwänden jemanden besuchen zu wollen oder zu Reparaturarbeiten bestellt zu sein, sich in die Wohnungen einschleichen. Es geschieht dieses um Gelegenheitsdiebstähle auszuführen oder Gelegenheiten zu Einbrüchen auszukundschaften. Die Wohnungsinhaber insbesondere auch die Frauen, die ja meist allein zu Hause sind, wollen unbekannten Personen gegenüber es also nicht an der nötigen Vorsicht fehlen lassen und jede verdächtige Wahrnehmung der Polizei schleunigst mitteilen. Weil dabei die Personalbeschreibung von größter Wichtigkeit ist, müssen sie sich merken, wie groß die Personen sind, welches Alter sie haben, wie sie gekleidet waren und welche besonderen Kennzeichen (Narben, körperliche Gebrechen usw.) sie haben. Oberster Grundsatz sei: Wer Zutritt zu einer Wohnung verlangt, muß sich legitimieren können!

⊙ **Festgenommen** wurden in der Nacht zum Mittwoch auf der Münsterstraße 2 verdächtige Burschen im Alter von 17 Jahren, die sich im Besitz von Schußwaffen befanden. Sie wurden dem Amtsgericht zugeführt.

✉ **Das Metropoltheater** bittet uns mitzuteilen, daß das durch Aushang bereits angekündigte neue Filmsingspiel „Am Brunnen vor dem Tore" am morgigen Freitag erstmalig aufgeführt wird. Die vielen Besucher der bisher im Metropoltheater gebotenen Singspiele „Rheinzauber", „Du Mädel vom Rhein" usw. werden gewiß in Erinnerung an die angenehm verlebten Stunden nicht versäumen auch diesen neuesten Singspielfilm sich anzusehen.

❑ **Geschlossen** sind, wie aus einer Bekanntgabe der Wirtevereine von Castrop, Rauxel, Habinghorst, Ickern hervorgeht, am ersten Weihnachtstage alle Wirtschaften in den genannten Orten.

Das Belegen von Plätzen in der 4. Klasse. In den mit Bänken nur für einen Teil der Reisenden versehenen Wagen 4. Klasse (alte Bauart) dürfen nach dem Personen- und Gepäcktarif Plätze nicht belegt werden, doch erwerben Reisende, die bei der Abfahrt des Zuges bereits einen Platz eingenommen haben, Anspruch darauf, daß ihnen dieser Platz bis zur Beendigung der Fahrt verbleibt. Andere Reisende sind zum Einnehmen des Platzes, auch wenn der Inhaber ihn vorübergehend verläßt, nicht berechtigt. Die Bahnbediensteten sind angewiesen, gegen Reisende, die etwa gewalttätig einen Platzinhaber von seinem Platz verdrängen wollen, einzuschreiten.

❑ **Die Beschäftigung im Bäckereigewerbe zu den Feiertagen.** Der Minister für Handel und Gewerbe hat sich nach Rücksprache mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Bäckerei- und Konditorei-Gewerbes damit einverstanden erklärt, daß zur Sicherstellung der Brotversorgung der Bevölkerung nicht der zweite Feiertag, also der 26. Dezember, sondern der Sonntag vor Weihnachten, der 24. Dezember, und außerdem der Sonntag vor Neujahr, der 31. Dezember, für die Arbeit in Bäckereien und Konditoreien freigegeben wird. Die Beschäftigung des einzelnen Arbeiters an diesen Tagen darf jedoch nicht länger als 8 Stunden und nicht über 4 Uhr nachmittags hinaus ausgedehnt werden.

♀ **Beschränkung des Fettgehaltes von Käse.** Verboten ist die Herstellung von Weichkäse mit höherem Fettgehalt als 20 % der Trockenmasse. (Ausgenommen sind Camembert-, Brie- und Münsterkäse, die 40% haben dürfen) sowie von Hartkäse (Schweizer, Edamer, Tilsiter, Holländer usw.) mit mehr als 45% Fettgehalt.

⊡ **Auswandererliste.** Nach amtlicher Mitteilung gedenken nach Polen auszuwandern: Eheleute Arbeiter Kaspar Adamczewski, Jahnstr. 82 und Bergmann Andreas Dziewratka, Bahnhofstraße 12.

⊙ **Von der Polizei wird uns mitgeteilt,** daß die Verordnung über die Preisschilder immer noch nicht genügend beachtet wird. Fast kein Tag vergeht, ohne daß nicht mehrere Anzeigen erfolgen müssen. Da alles andere nichts zu fruchten scheint, wird gegen die noch immer Säumigen jetzt mit aller Strenge vorgegangen.

✉ **Wem gehören die Sachen?** Bei einem hiesigen Goldwarenhändler wurde versucht, einen goldenen Trauring (Kugelring) und einen goldenen Damenring, aus dem 3 kleine Steine ausgebrochen waren, zu verkaufen. Da der Händler aber Verdacht schöpfte, so behielt er die Sachen einstweilen da und benachrichtigte die Polizei. Bis jetzt hat sich die betreffende Person noch nicht wieder gemeldet, sodaß angenommen werden muß, daß es sich tatsächlich um entwendete Ringe handelt. Die Eigentümer wollen sich bei der Castroper Kriminalpolizei melden.

✉ **Der Eisenbahnverkehr zu Weihnachten.** Die Eisenbahndirektion teilt uns mit: Da wegen der drei Weihnachtsfeiertage am Sonnabend, d. d. Mts., ein starker Andrang zu den Fahrkartenschaltern zu erwarten ist, wird es sich empfehlen, die Fahrkarten möglichst frühzeitig vor der Abreise zu lösen, damit ein Andrang an den Schaltern verhindert wird. Die Fahrkarten gelten allgemein 4 Tage. Die Fahrt kann an einem beliebigen Tage innerhalb der Geltungsdauer angetreten werden, muß aber spätestens um Mitternacht des letzten Geltungstages beendet sein. Dieses trifft auch für die Fahrkarten zu, die als zur Rückfahrt gültig gekennzeichnet sind. Als erster Tag der Geltungsdauer gilt der Tag, mit dessen Ziffer die Fahrkarte abgestempelt ist (Lösungstag).

✉ **Neujahrsreisen zum alten Tarif.** Mit dem 1. Januar tritt bekanntlich eine beträchtliche Erhöhung der Personentarife der Reichsbahn ein. Bisher hat bei einer Tariferhöhung das Reichsverkehrsministerium die viertägige Gültigkeit einer gelösten Fahrkarte aufgehoben; die Fahrt mußte am letzten Tage des alten Tarifs angetreten werden. Mit Rücksicht darauf, daß die kommende Tariferhöhung mit den Weihnachts- und Neujahrsfeiertagen zusammenfällt, beabsichtigt das Reichsverkehrsministerium, diesmal die Vorverkaufsmöglichkeit nicht einzuschränken. Es können also am 1., 2. und 3. Januar noch Reisen gemacht werden, für die die Fahrkarten bereits im alten Jahre gelöst worden sind.

♀ **Rauxel.** (Die Impfgeschäfte) im Amte Rauxel sollen in Zukunft wie folgt ausgeführt werden: In Vöhnahausen und Merklinde von Dr. Behnke, in Frohlinde von Dr. Burchhardt, für den Bezirk Rauxel-Schwerin von Dr. Oeken, für den Rest von Rauxel-Bahnhof und Dorf von Dr. Loebell. Die Aerzte Dr. D'ham und Frankenberg haben abwechselnd die Erst- und Wiederimpfungen in Habinghorst auszuüben.

Aus dem Emschertal.

⊙ **Habinghorst.** (Kreiszuschuß für eine Haushaltungsschule.) Der Kreisausschuß bewilligte in seiner letzten Sitzung für die Kosten der ersten Einrichtung einer Haushaltungsschule in Habinghorst eine einmalige Beihilfe von 6000 Mark. Außerdem wird gleich wie der Haushaltungsschule in Castrop eine laufende Beihilfe in Höhe von 2000 Mk. gewährt.

♀ **Habinghorst.** (Festgenommen) wurde seitens der Polizei ein Fahrraddieb, der eingestand, in Wanne auf der Zeche „Pluto" ein Fahrrad gestohlen zu haben.

⊙ **Habinghorst.** (Spurlos verschwunden) ist seit dem 7. Dezember die Ehefrau des Bergmanns Karl Söhngen, Friedrichstr. 33. An dem genannten Tage war sie mit ihrem Manne nach Mudersbach Kr. Altenkirchen gefahren, wo er Arbeit und Wohnung suchen wollte. Auf der Rückreise verlor er seine Frau auf dem Bahnhof Hagen und konnte bisher trotz aller Bemühungen kein Lebenszeichen von ihr bekommen. Die Frau wird wie folgt beschrieben: 21 Jahre alt, abgeschnittenes blondes Lockenhaar, heller Mantel, Schnallenhalbschuhe, weißer Hut mit rotem Band. Wer Auskunft über den Verbleib der Frau geben kann, wolle sich an die nächste Polizeistelle wenden.

⊙ **Ickern.** (Adolf Meinberg) der bekannte Dortmunder Kommunistenführer, der einst auch in den Putschtagen hier eine „große" Rolle spielte, ist jetzt aus der Partei ausgeschlossen worden. Das offizielle Kommunistenblatt berichtet über seinen Ausschluß wie folgt: „Der Bezirksausschuß der KPD. von Rheinland-Westfalen-Nord hat in seiner Sitzung am Sonntag, 17. Dez., auf Grund des Ergebnisses eingehender Untersuchungen durch einen besonderen Ausschuß einstimmig beschlossen, Adolf Meinberg (Dortmund) aus der Partei auszuschließen. Grund: Parteischädigung und Verstoß gegen die proletarische Moral."

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

Sportfreunde Schwerin — V. f. Rasensport Wanne 0:5 (0:1).

Von dem Spitzenreiter der B-Klasse mußten Sportfreunde eine unverdient hohe Niederlage hinnehmen. Das Spielfeld war durch den Regen sehr aufgeweicht und verhinderte jede Kombination. Die Sportfreunde traten mit 2 kranken Spielern an, wovon der eine nur als Statist mitwirkte. Ungefähr in der 20. Minute geht Wanne in Führung. Sportfreunde suchen mit Macht aufzuholen und liegen bis zur Halbzeit fast dauernd vor des Gegners Tor, ohne jedoch Zählbares zu erreichen; denn Wanne beschränkt sich auf eine möglichst starke Verteidigung. Kurz nach der Halbzeit fällt das zweite Tor für Wanne, dem in kurzen Abständen drei weitere folgen. Sportfr. schaffen noch oft kritische Momente vor dem feindlichen Tor, doch die überaus starke Verteidigung und richtiges Pech lassen einen Erfolg nicht zu. Das Spiel wurde von Anfang bis zu Ende äußerst fair durchgespielt. Man sah überhaupt nichts von der sonst bei Meisterschaftsspielen gern auftretenden Schärfe. Der Schiedsrichter konnte gefallen.

Sportfreunde Schwerin 2—V. f. Rasensport Wanne 2 1:3. Hugo M. . . . haus.

Neuanschaffung der Städtischen Bücher- und Lesehalle (Kirchpath)

Herre P. Deutsche Kultur des Mittelalters in Bild und Wort.
Lamer H. Griechische Kultur im Bilde.
„ Römische Kultur im Bilde.
Sartori Prof. P. Westfälische Volkskunde.
Sartorius J. Die Feldherrnkunst des Lebens.
Griebel E. Die Mark Brandenburg.
Trinius A. Thüringen.
Uhrl Gust. Der Harz.
Schwantes G. Aus Deutschlands Urgeschichte.
Witkowski G. Lessing.

St. Thomastag.

Mitten in die Vorweihnachtszeit, die mehr wie alle anderen Tage des Jahres zurückführen in das unsagbar stille und verschüttete Land der Kindheit, hinter dessen Dornröschenhecke die Märchen und die Spukgeschichten wohnen und all die bunten, flittrigen, feurigen, festlichen Dinge des Spielens träumen, fällt der St. Thomastag (21. Dez.) Früher erging es an diesem Tage den Siebenschläfern und Faulpelzen schlecht. Wer am St. Thomastage zuletzt in die Schule kam wurde unter Absingen von in den einzelnen Gegenden verschiedenen Spottversen als „Thomasesel" verulkt. Er bekam die in früheren Zeiten in fast jeder Schule als pädagogisches Hilfsmittel vorhandenen „langen Ohren" aufgesetzt oder auch wohl ein Eselsbild umgehangen. In einzelnen Gegenden des Sauerlandes war es Sitte, am St. Thomastage dem Knechte oder der Magd, die zuletzt auf der Arbeitsstätte erschien, einen Strohkranz aufzusetzen, der dann den ganzen Tag getragen werden mußte. Die alten Bräuche gehören jetzt fast überall der Vergangenheit an. Daß man gerade den St. Thomastag zu dieser „Ehrung" der Langschläfer erkor, mag seinen Grund darin haben, daß Thomas, als der Herr seinen Jüngern nach der Auferstehung das erste Mal erschien, nicht zugegen war, sondern verspätet eintraf, als der Meister schon wieder fort war. Es wäre interessant festzustellen, ob unter unseren Lesern noch Leute sind, die sich aus ihrer Jugend noch ähnlicher Gebräuche in der hiesigen Gegend entsinnen können. Um sie der Nachwelt zu erhalten, wäre es zu wünschen, daß sie ihre Erinnerungen aufzeichneten und der Schriftleitung dieses Blattes zur Veröffentlichung zur Verfügung stellten.

St. Thomas spielt auch in astronomischer Hinsicht eine wichtige Rolle. Heute haben wir den kürzesten Tag und die längste Nacht erreicht. Morgen beginnt „offiziell" der Winter. Den Witterungsumschlag, der uns den fast schon historisch gewordenen Rahmen für die echte, deutsche Weihnacht, nämlich Schnee und Eis bringen könnte, davon zu erwarten, entbehrt diesmal aller meteorologischen Grundlagen. Aber noch sind's 4 Tage bis zum Feste und wie sagt doch Wilhelm Busch:

Denn oftmals auch und überhaupt
kommt es ganz anders als man glaubt.

Das Geheimnis von Dubschinka.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

(Copyright 1913 by Greiner u. Comp., Berlin W. 30.) 10 (Nachdruck verboten.)

Sie hatte von der Ankunft ihrer Schwester keine Ahnung gehabt. Die letzten Briefe zwischen ihnen waren vor zwei Monaten gewechselt worden. Damals befand sich die Gräfin noch in Mendovan und Harriet in Newyork.

In Neapel war die Gräfin erst vor wenigen Tagen angelangt, erwartete ihren Gatten und hatte das Hotel erwiesenermaßen bisher überhaupt nicht verlassen. Daß ihre Schwester sie besuchen wollte, hatte sie erst von Herrn Lindemann zugleich mit der Todesnachricht erfahren.

Fünftes Kapitel.

Peter Lindemann und sein Freund Silas Hempel, der vor einigen Stunden in Neapel angekommen war, saßen im eifrigsten Gespräche hinter verschlossenen Türen in Lindemanns Schlafzimmer beisammen.

Man hatte dieses Gemach gewählt, weil es das letzte der drei gemieteten Zimmer war, und man durch die beiden anstoßenden Räume, deren Türen Lindemann offen ließ, vor etwaigen neugierigen Lauschern gesichert war.

Lindemann rauchte in der Erregung eine Zigarette nach der andern. Silas Hempel, dem man keine Spur von Ermüdung ansah, obwohl er die Reise von Wien ohne Unterbrechung zurückgelegt hatte, lehnte mit halbgeschlossenen Augen in seinem Stuhl und nahm nur von Zeit zu Zeit eine Prise aus der altväterlichen Tabakdose.

„Das beste Mittel, sich einen klaren Kopf zu bewahren," hatte er lächelnd gemeint, als der Freund kopfschüttelnd bemerkte: „Daß du dir das greuliche Schnupfen noch immer nicht abgewöhnt hast. Heutzutage schnupft doch kein Mensch mehr!"

„Leider! Denn es ist entschieden viel gesünder als das Rauchen. Du glaubst gar nicht, wie beruhigend es einerseits auf ungeduldig einstürmende Gedanken, andererseits anregend auf den Denkprozeß überhaupt wirkt. Aber laß dich nicht stören in deinem Bericht. Du hast also Harriet Morgans Leiche erkannt und bist dann zur Gräfin geeilt, um ihr die Nachricht schonend beizubringen. Angesichts ihrer hochmütigen Haltung und der Lüge in bezug auf das Telegramm aber —"

„Fand ich jede Rücksicht überflüssig und teilte ihr das Nötige ziemlich schonungslos mit."

„Worauf sie in Ohnmacht fiel."

„Ja."

„Hattest du den Eindruck, daß diese Ohnmacht echt war?"

„Unbedingt! Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein Mensch sie in dieser Vollendung vortäuschen könnte."

„Kam der Graf nach Neapel, als man ihn von dem Geschehenen verständigte?"

„Nein. Er suchte am 30. November — also einen Tag, ehe hier das Verbrechen geschah — in Prag ein Sanatorium auf, um sich eine Balggeschwulst operieren zu lassen. Dort befindet er sich noch."

„Was geschah hier noch weiter? Die Tote ist wohl schon begraben — wie benahm sich die Gräfin bei der Beerdigung?"

„Gar nicht, weil sie derselben gar nicht beiwohnte! Denn nun, siehst du, kommt das Merkwürdigste: Grace Koschwinska erkennt in der Ermordeten ihre Schwester überhaupt nicht an!"

„Ah, das ist interessant! Und du bist sicher, daß du dich nicht geirrt hast?"

„Vollkommen! Es ist Harriet Morgan — ich lege jeden Eid darauf ab!"

„Und die Gräfin wahrscheinlich auf das Gegenteil?"

„Ja. Sie war ganz gebrochen vor Schmerz, bis — man sie vor die Leiche führte. Man konnte ihr diese Konfrontation natürlich nicht ersparen, obwohl sie allerlei Nervenzustände bei der bloßen Zumutung bekam. Endlich, da sie sah, es ginge nicht anders, willigte sie ein. Kaum stand sie vor der Leiche, als sie auch schon einen tiefen Seufzer der Erleichterung ausstieß und sich dann an den begleitenden Beamten mit den Worten wandte: „Gottlob das ist ja gar nicht meine Schwester! Es besteht allerdings eine gewisse Aehnlichkeit, und diese hat Herr Lindemann wahrscheinlich getäuscht — ich aber, die ich Harriet besser kenne, kann nun mit voller Bestimmtheit erklären, daß diese Tote nicht meine Schwester ist!"

„Nun, dann wird es wohl auch so sein. Du mußt dich getäuscht haben! Die Gräfin kann ja gar keinen Grund haben, die Wahrheit in dieser Beziehung zu leugnen — mag sie nun der Schwester feindlich oder freundlich gesinnt sein."

„Und ich werde bis zu meinem letzten Atemzuge behaupten, daß sie sich — bewußt oder unbewußt — täuscht! Bedenke, daß sie Harriet seit sechs Jahren nicht gesehen hat — ich aber sprach noch vor wenigen Tagen mit ihr in Kairo!"

„Gewiß, du hast sie sofort erkannt, sie kann sich also nicht auffällig verändert haben! Bedenke du andererseits, daß es sich hier um die Schwester der Gräfin handelt! Schwestern, die miteinander aufgewachsen sind, kennen einander doch genau!"

„Das nimmt ja auch die Behörde hier an. Man glaubt der Gräfin, und nicht mir. Mich aber kann dies nicht irre machen. Und wenn ich noch hundert Jahre lebe, werde ich doch niemals glauben, daß dieses Verbrechen ein gemeiner Raubmord ist!"

„Dies nimmt also die Polizeibehörde an?"

„Ja. Alle Leute glauben es, weil die Tote ohne Schmuck gefunden wurde, und ihr Gepäck, mit dem sie sich vom Schiff entfernte, spurlos verschwunden ist."

„Das spricht ja aber wohl sehr klar für einen Raubmord!"

Lindemann machte eine ungeduldige Bewegung.

„Seit wann begnügst du dich denn so willig mit einer beliebigen Annahme, die irgendeine Behörde sich aus Bequemlichkeit zurechtgelegt hat?" rief er ärgerlich. „Du warst doch sonst nicht so! Wärest du es gewesen, würdest du nie in den Ruf eines außergewöhnlich scharfsinnigen Privatdetektivs gekommen sein! Oh, Silas — ich habe mehr erwartet von dir!"

„Was denn?"

„Daß du diesen Fall aufklärst!"

„Das wird ja wohl die hiesige Behörde tun!"

„O ja — sie hat einige Polizisten ausgeschickt und verschiedene Protokolle aufgenommen. Wenn du glaubst, daß dabei etwas herauskommt, so kannst du mir wirklich leid tun!"

„Ich gehe doch nur den Weg klarer Logik, wenn ich dir dazutun versuche — — —"

„Deine Logik war sonst nicht so alltäglich, wie die einer Polizeibehörde!"

Peter Lindemann trommelte zornig mit den Fingern auf der Tischplatte herum. Hempel betrachtete ihn, pfiffig lächelnd.

„Warum liegt dir denn gar so viel an der Aufklärung dieses Falles?"

Lindemann fuhr auf.

„Das fragst du? Hast du vergessen, warum ich nach Kairo ging?"

„Nein. Du hast dich mit unbegreiflicher Schnelligkeit in diese hübsche Helene Biron verliebt und steifst dich mit unbegreiflicher Halsstarrigkeit auf den Gedanken, „Gegenliebe" zu finden und sie zu heiraten —"

(Fortsetzung folgt.)

Herren - Oberhemden
Kravatten
6456
Kragen

Gebr. Kaufmann

Am Markt **CASTROP** Am Markt

Herren-Shawls
in Wolle und Seide in den neuesten Farben.

Zu Festgeschenken:

Kleiderstoffe
und Seidenstoffe in vielen Farben

Taschentücher
weiß und farbig

Trikotagen
alle Arten Woll- und Strumpfwaren

Schlafdecken
weiße und bunte Bettücher

Konfektion
für Damen und Mädchen

Pelzwaren
Kragen und Muffen

Gardinen
Kaffeedecken, Tischdecken

Konfektion
für Herren und Knaben

Handschuhe
für Damen, Herren und Kinder

Wäschestoffe
für alle Arten Leib und Bettwäsche

Große Auswahl in
Seiden-Jumper / Woll-Jumper / Strick-Jacken

Tischzeuge
Handtücher, Staubtücher usw

Damenwäsche
Corsetts und Unterröcke

Handarbeiten
vorgezeichnete und fertige Artikel

Umschlagtücher
Hausschürzen, Servierschürzen

Hetti Degenhardt
Philipp Sändig
Verlobte
Dortmund — Castrop
Dezember 1922.

Einladung

zu einer Sitzung der Stadtverordneten auf **Sonnabend, den 23. Dez. 1922, nachm. 5 Uhr** im Stadtverordneten-Sitzungssaal.

Tagesordnung:
Stellungnahme zur Eingemeindung.

Der Stadtverordneten-Vorsteher:
Dr. Pegels. 467

Bekanntmachung.

Es wollen die Ehe miteinander eingehen der Bergmann **Anton Stark** in Rauxel (Kr. Dortmund) mit **Frl. Martha Beißert** wohnhaft in Sierpowo (Kr. Smigielskie in Polen).

Bekanntmachung.

Gemäß § 2 Abs. 3 der Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 31. Oktober 1922 hat der Herr Landrat die Polizeistunde auch an Sonntagen auf 11 Uhr abends festgesetzt.

Castrop/Rauxel, 20. Dezember 1922. 466

Die Polizeiverwaltung: 2386
(gez.) Wynen, Bürgermeister
(gez.) Schulze, Amtmann.

Ordentliche
Zeitungsbotin
für den Bezirk Wittenerstraße gesucht.
Castroper Zeitung.

Allgemeine Ortskrankenkasse Castrop.

Auf Grund der Verordnung vom 1. Dezember 1922, wonach die Versicherungsgrenze auf 720 000 Mark festgesetzt worden ist, hat der Vorstand mit Wirkung vom 18. d. Mts. den Grundlohn bis 1800 Mk. erhöht. Auf die bisherigen 10 Lohnstufen sind 5 aufgebaut. Es betragen:

Lohnstufe	Arbeitsverdienst tägl. bis Mark	Grundlohn Mk.	Beiträge für Kld. Tag Mk.	Beiträge für Monat Mk.
Lehrlinge	ohne Entgelt	10.—	—.59	17.70
1	85.—	30.—	1.75	52.50
2	65.—	60.—	3.50	105.—
3	105.—	100.—	5.84	175.20
4	155.—	150.—	8.75	262.50
5	215.—	210.—	12.25	367.50
6	285.—	280.—	16.34	490.20
7	355.—	350.—	20.42	612.60
8	405.—	400.—	23.34	700,20
9	455.—	450.—	26.25	787.50
10	555.—	500.—	29.17	875.10
11	650.—	600.—	35.—	1050.—
12	1000.—	900.—	52.50	1575.—
13	1300.—	1200.—	70.—	2100.—
14	1600.—	1500.—	87.50	2625.—
15	üb. 1600.—	1800.—	105.—	3150.—

Für Beschäftigte, die ihrem Verdienst nach einer höheren als der bisherigen Lohnstufe einzureihen sind, haben die Arbeitgeber die Verdienste umgehend, spätestens bis zum 30. d. M. der Kasse mitzuteilen.

Castrop, den 19. Dezember 1922. 6478
Der Vorstand.
Bohne, Vorsitzender.

Am ersten Weihnachtstage
Montag, den 25. Dezember 1922
bleiben die Lokale unserer Mitglieder
geschlossen.
Wirteverein Castrop, Wirteverein Rauxel-Habinghorst-Ickern.

ROLAND
LICHT-SPIELE

bleibt wegen Vorbereitung des
Riesen-Weihnachts-Spielplans
nur noch heute
geschlossen.

6454 Die Direktion

Beachten Sie bitte unser morgiges Inserat!

Zum sofortigen Eintritt wird ein durchaus nüchterner, zuverlässiger
Mann
als Wächter
für Revierdienst gesucht. Nur schriftl. Meldungen mit Lebenslauf und Angabe der Gehaltsansprüche an die 6374 Inspektion d. Bochumer Wach- und Schließgesellschaft, Bochum, Kortumstraße 24.

Ein junger Mann
von 16—18 Jahren, welcher das Vorführen von Filmen erlernen will, ebenso
2 junge Mädchen
von 18 bis 25 Jahren als Platzanweiserinnen gesucht. Meldung von 4—5 Uhr nachmittags.
Roland-Theater.

Schönes Haar—schönste Zier!



Und dabei so leicht zu erwerben: Durch regelmäßige Pflege mit JAVOL. Das Kräuterhaarwasser JAVOL macht das Haar seidenweich, voll, duftig und locker, frei von Kopfschuppen und Schinnen. JAVOL ist in jeder Apotheke, Drogerie und beim Friseur zu haben.

B. Wellner
Metropol-Theater
Castrop, Kaiser-Friedrichstraße 21.
Aelteste und hervorragendste — Lichtbildbühne am Platze — verbunden mit Cafe-Restaurant
Eigene elektr. Lichtzentrale - Zentralheizung
Fernruf 144 Amt Castrop.

Dienstag	Mittwoch	Donnerstag
19. 12.	20. 12.	21. 12.

Fabelhaft spannend
ist unser heutiger Sensations-Spielplan!

I.
Percy Moran's Verbrechen
Sensationsdrama in 5 Akten.
Hauptrolle: **Jack Mylong.**

II.
Das Gesetz der Sioux
Erlebnisse eines jungen Mädchen aus guter Gesellschaft
Original amerikanischer Sensations-Film.

6443 III.
Eine angebrochene Ehe
Amerik. Lustspiel in 5 Akten.
In der Hauptrolle: **Viola Dana.**

? Extra-Einlage ?

An allen Tagen
Großes Orchester

Tüchtige, fleißige
Zeitungsbotin
für Bezirk Obercastrop gesucht.
Castroper Zeitung.

Auf Teilzahlung
Herren u. Burschen-Anzüge, Schlüpfer, Regenmäntel, Covercoats, Cutaways, Hosen, Damenmäntel Costüme, Kleider, Blusen, Röcke
bei
Max Mischkowski
5312 Dortmund
Steinstraße 60.

Leiden Sie
an Flechten, Hautausschlag, Mitessern, Pickeln, Finnen, Schorf usw., dann gebrauchen Sie
Dr. Terrahé-Heilseife
Erfolg überraschend

Guterhaltenes
Klavier
zu kaufen gesucht.
Offerten unter 3440 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

1 blauer
Costümrock
Backfischmantel
Kindermantel
(Gabardine)
neue Sachen, zu verkaufen. 6470
Näheres in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Kinderkastladen
Schaukel
zu verkaufen. 6472
Karlstraße 34.

Kindertisch
zu verkaufen. 6471
Wagan, Merklinde, Bochumerstr. 31.

Flügel
zu kaufen gesucht. 6469
Fritz Jürgens,
Hamm i. W., Oststr. 41
Fernruf 1290.

Gut erhaltener
Sportwagen, Wiege
und fast neue
Emaillesachen
zu verkaufen. 6465
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Krätzurgan
beseitigt sofort unauff., mild, unschädlich, Jucken u. fast alle Hautleiden. Habinghorst: Westfalia-Drogerie Fuls, Kronpr.-Str. 58. Auch Vers.